



**Bürgerschaftliches Engagement für die Zukunft der Kommunen
Festvortrag zum 1174. Stadtjubiläum in Rheine (Westfalen),
10. Juni 2012, Falkenhof**

Es ist mir eine besondere Freude, hier in Rheine zu Ihnen zu sprechen, besonders weil hier auch die große Mehrheit genau die Zielgruppe bildet, an die sich der Generali Zukunftsfonds wendet: Wir fördern unter dem Motto „Der demografische Wandel, unsere gemeinsame Herausforderung!“ das bürgerschaftliche Engagement der Generation 55+. Ich fürchte, nach den anerkennenden Worten der Bürgermeisterin an die vielen ehrenamtliche Engagierte, dass es heute ein bisschen so wie in der Kirche sein wir: Der Pfarrer predigt den Gläubigen. Aber keine Angst: Auch Engagierte brauchen gute Argumente und die führe ich heute in drei Schritten vor.

Ich nutze den Vorteil, dass ich keinerlei Zurückhaltung üben muss – ich habe keine Wähler, die mich abwählen und keine Kirche, die mir Dogmen vorsetzt.

Wir als Unternehmen, die Generali Deutschland Holding AG, sind fest davon überzeugt, dass alle Unternehmen eine gesellschaftliche Verantwortung haben, die sich nicht darin erschöpft, Arbeitsplätze zu stellen, gute Produkte oder Dienstleistungen zu erbringen und Steuern zu zahlen. Vielmehr müssen die Unternehmen aktiv zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen, denn das ist eine der Grundvoraussetzungen einer funktionierenden Gesellschaft, auf die sie auch als Unternehmen angewiesen sind.

Gut, dass heute kein Sonntag ist. Denn ich bin nicht als Sonntagsredner hier, sondern weil ich Klartext zu sprechen pflege. Dies ist notwendig und wird in der heutigen Zeit viel zu wenig getan. Wer die Dinge aber nicht so anspricht, wie sie sind, der wird sie auch nicht verändern können. Lassen Sie uns also gemeinsam einen Blick auf die Lage werfen: zunächst auf die alles entscheidende Demografie. Ich möchte Sie heute mit ein paar einfachen Kennzahlen über die gesamtgesellschaftliche demografische Entwicklung einführen. Die Bürgermeisterin hat ja die Chance betont, die in einer solchen Entwicklung auch steckt. Ich stimme ihr zu, bin aber überzeugt, dass der Risikoteil ebenso deutlich angesprochen werden muß. Not macht bekanntlich erfinderisch.

Dann beleuchten wir kurz das politische System und die Situation in den Kommunen. Aus dieser Krisenbestandsaufnahme leite ich abschließend führe ich an drei Beispielen vor, welches ungeheure Potential und welche Chancen heute noch in der Zivilgesellschaft schlummern und äussere dann ein paar Geburtstagswünsche, wie wir alle zusammen und Sie hier in Herne dazubeitragen können, dass vor Ort noch viel möglich wird.

Der oft zitierte Satz, dass wir „weniger und älter werden“ greift erheblich zu kurz. Roland Tichy, der Chefredakteur der Wirtschaftswoche, soll gesagt haben, dass die Folgen des demografischen Wandels die zusammengefassten Folgen der beiden Weltkriege und der Weltwirtschaftskrise am Ende der 20er Jahre des letzten Jahrhunderts noch übertreffen werden. Ich kann das jetzt nicht im Einzelnen ausführen, lade Sie aber dazu ein, sich einmal folgende grundlegende Zahlen durch den Kopf gehen zu lassen.

- Bis 2030 wird die Zahl der 20- bis 64-jährigen Erwerbsfähigen um 6,3 Millionen sinken,
- im selben Zeitraum wird die Zahl der 60- bis 64-Jährigen um 1,6 Millionen steigen,
- die Zahl der mindestens 65-Jährigen wird um 5,5 Millionen zunehmen.
- Ähnlich verläuft die Entwicklung beim Verhältnis der aktiv in den Sozialversicherungsträgern Versicherten zu der Anzahl an Rentnern: 1960 kamen statistisch 3,9 Erwerbstätige auf einen Rentner, 1990 nur noch 2,3 und im Jahre 2008 lag das Verhältnis bei 1,8 zu 1 - und es wird sich weiter verschlechtern. Das kann nach Adam Riese nicht gut gehen: Wie soll den ein einziger Arbeitnehmer eine komplette Rente bezahlen? Niemand hat eine Patentlösung.

Lassen Sie mich dazu Folgendes anmerken.

Das durchschnittliche Renteneintrittsalter ist in Deutschland innerhalb von zehn Jahren von 62,3 Jahren im Jahr 2000 um schlappe 1,2 Jahre auf gerade einmal 63,5 Jahre (2010) gestiegen. Damit steht den stetig steigenden Rentenbezugsdauern eine schneckengleich langsame Erhöhung des Renteneintrittsalters und damit Verlängerung der aktiven Lebensarbeitszeit gegenüber. Da ist es nur vollkommen richtig und im wahrsten Sinne des Wortes „not-wendig“, dass der Gesetzgeber die Heraufsetzung des Renteneinstiegs von 65 Jahren auf 67 Jahre beschlossen hat. Typisch deutsch dabei: Die Erhöhung erfolgt in fast homöopathisch zu nennenden Kleinstdosen und wird auf 18 Jahre verteilt, bis sie endgültig wirksam wird. Es gibt renommierte Wissenschaftler, die schon jetzt sagen, dass die zwei Jahre Mehrarbeit durch die zu erwartende Verlängerung der durchschnittlichen Lebenserwartung um drei Jahre mehr als kompensiert werden. Die Folge: Es wird weitere Verlängerungen der Lebensarbeitszeit, möglichst freiwillig, geben müssen. Dies gilt umso mehr, als niemand

wirklich wollen kann, dass die schon heute horrend hohen Sozialabgaben immer weiter steigen – auf mehr als die aktuell vorgesehenen gesetzlichen Grenzwerte von 20 Prozent bis 2020 bzw. 22 Prozent bis 2030. Den kommenden Generationen derart noch mehr Belastungen aufzuerlegen, wäre auch gegen die Generationengerechtigkeit. Und doch wissen wir alle, dass das bestehende paritätisch bezahlte Rentensystem, bei dem die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer und die Arbeitgeber zu gleichen Teilen die Renten bezahlen, heute schon überfordert ist und nur mit einem jährlichen Bundeszuschuss in Höhe von 80 Milliarden Euro aufrechterhalten werden kann. Dass dabei die Rücklage im Bundeshaushalt in Höhe von 1,2 Monatsausgaben als „Nachhaltigkeitsrücklage“ bezeichnet wird, ist angesichts der aufgezeigten demografischen Entwicklung nicht mehr als ein schlechter Witz.

Gleichzeitig wurde das Rentenniveau auf weniger als 50 Prozent des Bruttolohns gesenkt – und sinkt in Folge des demografischen Faktors weiter auf 43% ab. Es ist Zeit, darüber nachzudenken, wie wir alle gemeinsam gewährleisten können, dass der individuelle Rentenanspruch von langjährig Beschäftigten unabhängig von der realen Lohnhöhe zu einer besseren Rente führt als die soziale Sicherung über Hartz IV. Vor diesem Hintergrund ist die Einführung der staatlich bezuschussten privaten Rentenvorsorge (sog. Riesterrente) ein konsequenter und richtiger Schritt. Und auch die neu in die Debatte einbrachte Zuschussrente von Frau von der Leyen ist ein kleiner, aber richtiger Schritt in die richtige Richtung. Jeder muss heute wissen, dass die gesetzliche Rente alleine den gewohnten Lebensstandard nicht mehr sichern kann und dass er privat vorsorgen muss, so gut es geht. Das Phänomen der Altersarmut wird uns künftig noch stärker treffen.

- Die Erwerbstätigenquote der 60- bis 65-Jährigen ist von 20 Prozent im Jahre 2005 auf 41 Prozent im Jahre 2010 gestiegen.

Diese Steigerung ist ein gewaltiger Fortschritt, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass lächerliche 24,2 Prozent davon sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse sind. Selbst davon entfällt ein Drittel auf Altersteilzeit bzw. Freistellung und auch Minijobs und Teilzeitanstellungen fließen in die Berechnung ein. Es bleibt also ein sehr schmaler Bodensatz an Älteren, die Vollzeit und unter Entrichtung der entsprechenden Sozialabgaben arbeiten. Das ist eine Schande. Wie lange wollen und können wir es uns noch leisten, dieses Arbeitspotential der Älteren ungenutzt liegenzulassen?

Die Politik hat auf diesem Gebiet einen gewaltigen Fehler inzwischen korrigiert: die gesetzliche Begünstigung von Altersteilzeit, die von vielen durch Lohnverzicht als reale Verkürzung der Arbeitszeit genutzt wurde – und die Arbeitsagentur in den letzten Jahren Zuschüsse von 7,2 Milliarden gekostet hat. So wurden massenweise Arbeitnehmer auch auf unsere Kosten in den

vorgezogenen Ruhestand verabschiedet. Doch das verfrühte Ausscheiden aus dem Arbeitsleben ist heute weniger ein politisches Problem – es ist auch ein Problem der praktischen Handhabung und Gestaltung von Arbeitsverträgen durch Arbeitgeber, Tarifpartner und Gewerkschaften. Denn niemand wird vom Gesetz gezwungen, mit 65 aufzuhören. Es handelt sich um die sogenannte Regelarbeitsgrenze, die auch überschritten werden kann und bei weiterer Beitragszahlung auch zu höheren Rentenansprüchen (6% pro Jahr) führt. Bloß tun das die wenigsten, am ehesten noch Freiberufler. Das hängt auch mit Mantel-Tarifverträgen zusammen, die ein automatisches Ende des Arbeitsverhältnisses bei Eintritt des Rentenalters vorsehen. Aber neue Arbeitsverhältnisse können auch nach 65 noch abgeschlossen werden.

Die Abschiebung der Älteren aus dem Arbeitsmarkt beruht darauf, dass unsere Gesellschaft von einem falschen Altersbild beherrscht wird: ein enges Korsett aus Vorurteilen, das Menschen über 50 schon zum „alten Eisen“ wirft, obwohl dies heute mehr denn je jeglicher Grundlage entbehrt. Ganz im Gegenteil: Es gibt reichlich Nachweise für die Produktivität älterer Arbeitnehmer, für ihre wertvolle Lebens- und Berufserfahrung sowie Kompetenzen und auch für lebenslange Lernfähigkeit. Noch nie war eine Generation in diesem Alter so gesund und leistungsfähig wie die heutige. Sehen Sie sich für ein realitäts-gerechtes Altersbild die beiden letzten Altenberichte der Bundesregierung an – eine Lektüre, die sich lohnt, auch wenn sie zugegebenermaßen anstrengend ist. Um es auf einen Begriff zu bringen: Statt „altes Eisen“ sollte es ab sofort „Edelstahl“ heißen – und schauen Sie sich bitte die Preissteigerungen bei Stahl dazu an! Einige Unternehmen haben die Werthaltigkeit älterer Arbeitnehmern angesichts des Fachkräftemangels schon kapiert und reagieren auch darauf.

Bevor wir zum zweiten Teil, der Schilderung der Situation der Kommunen, gelangen, abschließend weitere Zahlen zur Rente in Deutschland: Die Rentenbezugsdauer hat sich seit 1960 von 9,9 Jahren auf 18,2 Jahre 2009 nahezu verdoppelt, die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt heute bei Renteneintritt 19 Jahre.

Lassen Sie uns nun einen Blick darauf werfen, wie es in Deutschlands Kommunen aussieht. Leider kann man die folgenden Aussagen weitgehend auch auf Landes- und Bundesebene übertragen.

Die meisten Kommunen in Deutschland sind strukturell stark unterfinanziert.

Sie haben ständig mehr Aufgaben und damit Ausgaben als Einnahmen. Insbesondere die Sozialausgaben nehmen stetig zu, aber nicht die Einnahmen. Dies ist ein unhaltbarer Zustand, zu dessen Behebung es sicher keine einfache Lösung gibt. Eine sicherlich nicht wahnsinnig ertragreiche Teillösung könnte in

der Aufhebung des sogenannten Kooperationsverbots liegen, das dem Bund die Förderung von Kommunen verbietet. Aber auch hier sind mit der Schuldenbremse und der Schwierigkeit von Steuererhöhungen ganz enge Grenzen gesetzt. Eine Folge dieser finanziellen Notlage ist es, dass vollkommen kurzsichtig und kontraproduktiv an sämtlichen Ausgaben gespart wird, auch an solchen, die volkswirtschaftlich sinnvollen Mehrwert schaffen, beispielsweise das bürgerschaftliche Engagement.

Der Zusammenhalt der Gesellschaft in den Kommunen lässt nach. Die Heterogenität der Lebensverhältnisse innerhalb von Kommunen, also in den einzelnen Stadtteilen, und erst recht im Vergleich zwischen unterschiedlichen Kommunen nimmt ständig zu. Die im Grundgesetz noch vorgesehenen gleichwertigen Lebensverhältnisse werden zwar auch von der Bundesregierung in der kürzlich verabschiedeten Demografiestrategie beschworen: Sind sind aber schon heute einfach nicht mehr gegeben – und auch nicht in Sicht, im Gegenteil. Aber keiner will darüber reden, weil eine Offenheit zu diesem Thema mit der Aussicht bestraft werden könnte, die nächste Wahl zu verlieren. Aber Nicht-Handeln ist auch handeln: Es verschlimmert die Lage und erschwert die Lösung durch blosses Hinauszögern.

Insbesondere ländliche Regionen und kleine Dörfer stehen vor unlösbaren Problemen.

Sinkt die Einwohnergrenze einzelner Gemeinden unter 1.000 Personen und kann gleichzeitig weder die Geburtenrate gesteigert noch die weitere Abwanderung verhindert werden, droht das komplette Aus, wie in vielen Fällen bereits nachgewiesen worden ist. Dabei entstehen auch grundlegende infrastrukturelle Probleme, etwa wenn die auf eine bestimmte Personenzahl angelegte Kanalisation nicht mehr von eben dieser Zahl an Einwohnern genutzt wird. Die Kanalisation verschlammte und wird unbrauchbar oder muss für viel Geld mit Frischwasser durchgespült werden. Solche Kosten werden umgelegt – und wer soll die noch tragen, wenn schon vorher die kommunalen Kassen leer sind? Hier wird ein lebenswichtiges Element unseres bisherigen Sozialstaats, die Gewährleistung einer Daseinsvorsorge, durch Schweigen und Nichtstun in ein privates Risiko verwandelt: Die alten Leute, die auf dem Land leben wollen, in ihren angestammten Gemeinden, sind die gekniffenen. Und keiner wird ihnen helfen können.

Das politische System, hier also die kommunale Selbstverwaltung, funktioniert vor Ort ebenso suboptimal wie auf Landes- und Bundesebene.

Es fehlt an Glaubwürdigkeit, es fehlt an Verlässlichkeit. Ein Beispiel: In Sachen Energiesicherheit nach der Energiewende bestehen große ungelöste Fragen. Die Zukunft der Pflegeversicherung ist völlig offen. In der Frage der Demografie ist

keine Strategie erkennbar, weder auf Bundes- noch auf Landesebene noch auf kommunaler Ebene. Allerorten behilft man sich mit zeitlich befristeten und weitgehend segmentierten Programmen, beim Bund mit Bundesmodellprogrammen, die auf drei Jahre befristet sind und die den jeweils lokale soziale Brandherde unter Kontrolle bekommen sollen. Diese Krankheit nennen wir Projektitis, geheilt wird dabei niemand. Der übergreifende Ansatz aber fehlt. Das politische wie das wirtschaftliche System kämpfen mit einem nie dagewesenen schlechten Ansehen, insgesamt fehlt es an politischer Legitimation – und die Wahlbeteiligung sinkt immer weiter. Wir sind weit von Weimarer Verhältnissen entfernt. Aber die Parole: „Wehret den Anfängen!“, die gilt auch heute noch oder schon wieder.

Dort, wo einerseits das Risiko wächst, gedeihen zum Glück aber andererseits auch Chancen. Damit widmen wir uns dem dritten Teil meiner Ausführungen. Wir haben in Deutschland glücklicherweise eine breite Bewegung des bürgerschaftlichen Engagements. Mehr als 23 Millionen Menschen engagieren sich freiwillig – und dabei ist das sogenannte informelle Engagement von Eltern, Großeltern und Kindern in der Familie noch nicht einmal eingerechnet. Machen Sie sich bitte bewusst, dass heute mehr als 70 Prozent aller Pflegeleistungen zu Hause in den Familien erbracht werden. Eine volkswirtschaftlich unglaublich große Leistung, die unser Wohlfahrtssystem niemals mit professionellen Arbeitskräften erbringen und die auch keiner bezahlen könnte. Diese Familien wird es in den kommenden Jahrzehnten nicht mehr geben, weil zu wenig Kinder geboren werden. Das ist kein Gespenst, das ist die bereits heute erkennbare Wirklichkeit, belegt mit den bekannten Geburten- und Sterbezahlen.

Neue Akteure: Engagierte Bürger und ihre Organisationen (Beispiele)

Projekt Joblinge

Einige Großunternehmen (BMW, Deutsche Bank, Boston Consulting) haben ein Projekt entwickelt, mit dem die untersten zehn Prozent der Schulverweigerer und -abbrecher sowie sonstige schwer zu vermittelnde Jugendliche mit einer Vermittlungsquote von 60 Prozent in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden. Zum Vergleich: Die Vermittlungsquote mit „normaler“ Sozialarbeit und Jugendhilfe sowie mit den Maßnahmen der Schulen und der Arbeitsagentur liegt bei 20 Prozent. Das Modell „Joblinge“ ist bereits in vier Großstädten erprobt und wird nunmehr systematisch auf weitere Städte übertragen – und die Unternehmen sind die Treiber dabei. Jetzt ist mit Hilfe des Generali Zukunftsfonds und anderer ortsansässiger Unternehmen auch in Köln eine Niederlassung als gemeinnützige Aktiengesellschaft gegründet worden. Das Projekt ist sehr gut mit anderen Akteuren in der Stadt vernetzt.

In einem Mentoringprogramm mit leitenden Angestellten, die für diesen Zweck freigestellt werden (Corporate Volunteering) werden die Jugendlichen im Tandem, also 1:1 betreut und beraten sowie mit gezielten, eigens entwickelten Maßnahmen gefördert. Wen wundert es, dass dieses Engagement viel wirksamer ist als der teure staatliche Apparat?

Bürgerstiftung Rheinviertel Bonn

Als der katholische Priester Dr. Wolfgang Picken in sein Amt in Bonn eingeführt wurde, bekam er die Weisung seines Kardinals, die sechs Kindergärten in Trägerschaft seiner Gemeinde zu schließen – es sei kein Geld mehr da. Zum Glück hat er sich dem widersetzt, mit einer mutigen Tat: Er gründete die Bürgerstiftung Rheinviertel und beschaffte ihr innerhalb von drei Jahren einen Kapitalstock von mehr als drei Millionen Euro, aus dessen Ertrag er seine Gemeindegemeinschaft mitfinanziert. Daneben entwickelte er eine bunte Vielfalt an Dienstleistungen. Die sechs Kindergärten bilden heute einen pädagogischen Bund innerhalb eines Gesamtkonzepts, in dem jeder einen Schwerpunkt ausfüllt – der eine ist musisch orientiert, der andere technisch-naturwissenschaftlich, der dritte sprachlich, der vierte künstlerisch usw. Es gibt nicht nur eine lange Warteliste für die Aufnahme neuer Kinder (auch ganz kleiner Kinder!), sondern inzwischen wurden auch weitere Kindergärten übernommen und eine äußerst umfangreiche Freiwilligenarbeit aufgebaut. Mehr als 1.200 Engagierte machen alles Mögliche, von Lesepatenschaften über Mentorenprogramme bis hin zu Hausbesuchen für Hilfsbedürftige, Jugendferiencamps und Seniorentreffs. Das Engagementspektrum umfasst auch die Sterbebegleitung in den Wohnungen der Betroffenen. Niemand möchte heute im Heim sterben– obwohl über 80 Prozent am Ende ihres Lebens dort landen. Da Dr. Picken nicht ausreichend Freiwillige für die schwierige Aufgabe der Sterbegleitung finden konnte, hat er ein Kloster gegründet, aus dem heraus indische Schwestern jetzt diese Aufgabe übernehmen. Ein hauptamtlicher Ehrenamt Koordinator kümmert sich (übrigens mit finanzieller Unterstützung durch den Generali Zukunftsfonds) um die professionelle Einteilung der Freiwilligen, ihre Einbindung in die Entscheidungsfindung, um ihre angemessene Anerkennung und vor allem um die ständige Neugewinnung weiterer Mitstreiter. Ein Modell, das auf jede andere Gemeinde übertragen werden könnte und nicht nur die ewige Finanznot lindern, sondern auch eine spirituelle, karitative Erneuerung und verstärkten gesellschaftlichen Zusammenhalt stiften kann.

ImpulsMitte Hamburg (Community Organizing)

Der Generali Zukunftsfonds fördert zusammen mit der Körber-Stiftung, der BMW-Quandt-Stiftung und der ZEIT-Stiftung in einem Fördernetzwerk das Deutsche Institut für Community Organizing. Es handelt sich um eine

amerikanische Idee aus Chicago. Dort begann man in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit einem Empowerment-Konzept, prekäre Stadtviertel zu revitalisieren – allerdings nur mit der Kraft der dortigen Bewohner. Dieser Ansatz gilt bis heute. Man berät und unterstützt die Ortsansässigen dabei, die Belange ihres Viertels in die eigenen Hände zu nehmen. Hier in Deutschland werden sogenannte Plattformen gegründet, in denen sich Organisationen des Viertels zusammenschließen und kooperieren sowie einen Teil der Arbeit selbst finanzieren. Sie entscheiden in Vollversammlungen über die Priorität der Probleme und darüber, wie diese sich gemeinsam lösen lassen. Es ist also nicht die traditionelle deutsche aufsuchende Sozialarbeit von oben, sondern eine neue Partizipationskultur von unten – mit professioneller Anleitung zur Selbsthilfe. Nur als Beispiel: In den Hamburger Stadtteilen Horn und Hamm kümmern sich jetzt junge türkische Mütter um andere türkische Mütter und deren Kinder. Sie bemühen sich um rechtzeitiges Erlernen der deutschen Sprache sowie um Hausaufgabenbetreuung und andere Integrationsprobleme. Da dies in der Moschee nicht möglich war, treffen sie sich in der (evangelischen!) Stiftung Alsterdorf, bei der auch der Community Organizer angesiedelt ist. Mitfinanzierer ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die im Erreichen ihrer Zielgruppe neue Wege gehen wollen. Plattformen gibt es auch in Berlin; im Januar 2012 wurde im Stadtteil Neukölln die dritte in der Hauptstadt gegründet, nach Oberschöneweide und Wedding.

Diese Beispiele sollen nur veranschaulichen, welch ungeheures Potential noch zu heben ist. Der Realisierungsprozess ist aber keineswegs einfach, sondern ein dickes Brett. Es gilt, viele unterschiedliche Einzelinteressen unter einen Hut zu bekommen und effektiv auf Dauer zu organisieren. Die Ergebnisse allerdings sind regelmäßig erstaunlich gut. Und das lässt hoffen, dass das bürgerschaftliche Engagement eine entscheidende Ressource für eine lebenswerte Kommune der Zukunft ist und noch weiter werden kann.

Man kann das an einer Frage deutlich demonstrieren, die ich immer wieder stelle: Wer von Ihnen glaubt, dass das Bildungssystem aus sich heraus die Qualität entwickeln wird, die wir dringend brauchen, um die beschämende Abbrecherquote an unseren Schulen signifikant zu senken? Niemand hat mir je auf diese Frage mit einem zuversichtlichen „Ja“ geantwortet. Wenn das System es nicht selbst schafft, muss externe Energie in den Verbesserungsprozess investiert werden. Und so passiert es auch. Es gibt in Deutschland sicher mehrere Tausend Initiativen und Projekte, in denen bürgerschaftlich Engagierte ihren Teil dazu beitragen, dass die Kinder zu besseren Noten und Abschlüssen kommen. Ohne dieses Engagement wäre die schon zu beobachtende Verbesserung der PISA-Ergebnisse sicher nicht erreicht worden. Und da kann noch viel mehr geschehen!

Oft steht uns allerdings in Deutschland eine stark segmentierte Förderlandschaft mit einer ebenso segmentierten Vorgehensweise der einzelnen Akteure im Wege. Die Politik macht das, was sie will, mit Partnern, die sie sich aussucht. Unternehmen folgen ihren Partikularinteressen und verbinden diese mit Einzelprojekten. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind eifersüchtig auf ihre Selbständigkeit bedacht, konkurrieren untereinander und gönnen sich oft gegenseitig erzielte Erfolge nicht. Das ist keine gute Grundlage für einen effektiven sozialen Wandel, den wir auch und gerade in den Kommunen dringend brauchen. Also muss es die Aufgabe von wichtigen Playern sein, mehr systematische und strategische Zusammenarbeit zwischen den Sektoren und innerhalb der Sektoren (collective impact) anzustiften. Es gilt nur noch Projekte zu fördern, die sich zwingend auch mit anderen Akteuren vernetzen, keine Doppelstrukturen schaffen, sondern wo auch immer es möglich ist, an einem Strang und in dieselbe Richtung zu ziehen. Vielerorts wird das bereits erfolgreich umgesetzt. Das sind mühsame Koordinierungsarbeiten, aber sie sind entscheidend für einen wirksamen Veränderungsprozess.

Die Herne ist auf dem richtigen Weg, einen entscheidenden Mangel des bisherigen zivilgesellschaftlichen oder bürgerschaftlichen Engagements zu beheben: Es gibt eine Stabsstelle für bürgerschaftliches Engagement und eine Ansprechperson für Seniorenengagement: Keines wegs eine Selbstverständlichkeit auf kommunaler Ebene!

Entscheidende gesamtgesellschaftliche Mängel bestehen allerdings weiter: die fehlende Transparenz und ein mangelhaftes Wissensmanagement. Viele Initiativen scheitern oft an vielfältigen Widerständen oder mangelhafter Finanzierung. Immer wieder wird das Rad von neuem erfunden, obwohl es eine Vielzahl erfolgreicher ähnlicher Projekte, aber eben meist an anderen Orten gibt, die keiner der Aktivisten kennt. Von anderen zu lernen statt die eigenen Grillen zu verfolgen, ist essentiell wichtig für das freiwillige Engagement, wenn auch vielerorts noch schwierig in die Tat umzusetzen. Auch aus den Fehlern anderer zu lernen, ist (noch) nicht so leicht.

Eine bessere Absprache des Vorgehens, womöglich eine ständig weiterzuentwickelnde gemeinsame Engagementstrategie pro Region, auch hier in Herne, das wäre ein Stück mit verteilten Rollen, in das jeder seine volle Energie einbringen und seine eigene Wirkung mit der Kraft anderer Mitstreiter erheblich stärken könnte. Fest steht: Es ist unverzichtbar, dass wir alle gemeinsam als Bürger unsere Bürgergesellschaft aufbauen, in der wir in Zukunft leben wollen.

Und für die weitere Arbeit in Herne habe ich noch drei Anregungen:

1. Wenden Sie sich bei jeder Projektförderung dem Thema Wirkungsmessung zu: Nur wenn ich weiss, ob meine Investition tatsächlich etwas bringt, kann ich herausfinden, ob es sich lohnt und was man bei wirksamen Projekten beachten muss.
2. Und sorgen Sie für mehr Evaluation, reservieren Sie dafür 10% der Fördermittel. Es lohnt sich, weil man künftige Förderungen gezielter vergeben kann.
3. Altersgerechtes Wohnen wird mit den bestehenden stationären Einrichtungen nicht auskommen, weil die Nachfrage schneller steigt als neue Angebote, weil Finanz- und Personalmangel besteht. Obendrein wollen viele Leute auch nicht ins Heim. Zuhause können Sie aber auch nicht bleiben, weil nur 1,8 % der Wohnungen in Deutschland barrierefrei sind. Da braucht es neue Modelle des gemeinschaftlichen Wohnens und gegenseitiger nachbarschaftlicher Unterstützung und zusätzlich ambulante Pflege. Die anstehenden Konversionsprojekte bieten da sicher ungeahnte Möglichkeiten.

Außer der Anschubfinanzierung, die wir dem Projekt in Herne gerne gegeben haben, haben wir eine noch viel nachhaltigere Förderung von Ideen und Konzepten zu bieten, wie man die Bürgergesellschaft von morgen schon heute aufbauen kann. Packen wir's zusammen an!

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag, Rheine!